

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausländerbeirats
am Mittwoch, **11.03.2009**, 18:09 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Hüseyin Avlar (bis 19.58 Uhr), Miriam Mercedes Becker-Merino , Yildirim Eroglu (bis 21.20 Uhr), Antonio Machado da Silva , Spyridon-Paul Marinos , Chigozie Ernest Onu , Pararajasin-gam Parameswaran , Deler Saber , Mir Abdullah Sarwary , Dr. Georgios Tsakalidis , Malgorzata Wojcik (bis 21.30 Uhr), Dr. Ömer Lütfü Yavuz , Ahmet Yesilyaprak

von der Verwaltung

Herbert Berkemeier , Kerstin Espenkotte , Jochen Köhnke , Frank Möller

für die Schriftführung

Sandra Rischer

Es fehlten:

Julius Charley , Jasar Jasarov , Ayfer Kacar , Seidou Karidio , Osman Öztürk , Türkian Yüsbasi

Gäste:

Herr Ratsherr Richard Michael Halberstadt
Frau Dr. Ulrike Löw (Koordination MAMBA)
Herr Bernd Mülbrecht (Leitung des Hauses der Wohnungslosenhilfe)

nichtöffentlicher Sitzungsteil Es fand keine nichtöffentliche Sitzung statt.

Tagesordnung

V/0143/2009
V

1. Bestellung einer Schriftführerin/ eines Schriftführers für den Ausländerbeirat
2. Eingänge und Mitteilungen

- | | | |
|--------------------------|------|---|
| | 3. | Anhörungen |
| <u>V/0137/2009</u>
II | 3.1. | Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes in der Stadt Münster |
| <u>V/0034/2009</u>
V | 3.2. | Stiftung Siverdes; Fortführung des Projektes "Privjet" |
| | 4. | Berichte |
| | 4.1. | "Mamba - Münsters Aktionsprogramm für MigrantInnen & Bleibeberechtigte zur Arbeitsmarktintegration" - Aktueller Stand |
| | 4.2. | Migranten in der Wohnungslosenhilfe |
| <u>V/0141/2009</u>
V | 4.3. | Bericht über die Unterbringung von Flüchtlingen und Spätaussiedlern |
| | 5. | Entscheidungen |
| | 6. | Berichte aus den Ausschüssen |
| | 7. | Anfragen, Anregungen und Anträge der Mitglieder des Ausländerbeirates |
| | 8. | Verschiedenes |

Herr Marinos eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ausländerbeirates, die erschienenen Vertreter der Verwaltung, Frau Dr. Löw sowie Herrn Halberstadt. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung fest. Er wies gleichzeitig daraufhin, dass sich Herr Möller verspäten werde.

Herr Köhnke teilte mit, dass Frau Espenkotte eine andere Stelle innerhalb der Stadtverwaltung angetreten habe und stellte Frau Rischer als neue Schriftführerin vor.

Punkt 1 der Tagesordnung
V/0143/2009

Bestellung einer Schriftführerin/ eines Schriftführers für den Ausländerbeirat

Herr Marinos bedankte sich bei Frau Espenkotte für die gute Zusammenarbeit, begrüßte nochmals Frau Rischer und bat die Mitglieder um Abgabe ihres Votums.

Die Mitglieder des Ausländerbeirates stimmten über die Vorlage ab und beschlossen einstimmig:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Zur Schriftführerin für die Sitzungen des Ausländerbeirates wird ab dem 01.03.2009 Frau Sandra Rischer bestellt.
2. Im Falle ihrer Verhinderung wird die Vertretung durch Frau Susanne Jostameling wahrgenommen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und Folgekosten.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Marinos gab den Anwesenden Folgendes bekannt:

- Herr Karidio lässt sich aufgrund der Erkrankung seines Kindes für die heutige Sitzung entschuldigen.
- Bei den Wahlen zum Europaparlament können Unionsbürger alternativ deutsche Kandidaten oder die Kandidaten ihrer Herkunftsländer wählen. Für die Wahl der Kandidaten der Herkunftsländer sei eine vorherige Kontaktaufnahme mit der konsularischen Vertretung und dortige Eintragung in Wählerlisten erforderlich. Die Termine enden diesbezüglich zwischen Ende März und Anfang April. Er regte zu diesem Thema eine Information des Wahlamtes an die betroffenen Unionsbürger an.
- Die Schulstatistik des Jahres 2008 fällt erheblich besser aus als vor zwei Jahren.
- Das Sinti und Roma Forum hat sich am 28.02.2009 im Weiterbildungszentrum in Düsseldorf konstituiert.
- Am Sonntag, dem 08.02. hat die Stadt Münster den Historikerpreis 2008 an den polnischen Historiker Prof. Dr. Henryk Samsonowicz verliehen.
- In den Räumen des Ausländerbeirates wird derzeit eine sehr erfolgreiche Ausstellung über Palästina statt.
- Am Samstag, dem 07.03.2009 hat im Mövenpick-Hotel eine äußerst erfolgreiche Veranstaltung mit Frau Evelyn Hecht-Galinski zur Lage in Palästina stattgefunden.
- Am Freitag, dem 27.03.2009 wird im Rathausfestsaal ein Preis an die Partnerstadt York verliehen.
- Am Donnerstag, dem 26.02.2009 fand im Cineplex Münster die Premiere des Films „Der Vorleser“ mit anschließender Diskussion aller Büchereien aus Münster statt.
- Die Auftaktveranstaltung zum Projekt North- South media Bridge - Interkulturelle und mediale Bildung für afrikanische Jugendliche hat zwischenzeitlich im Bürgerhaus Bennohaus stattgefunden. Das Rahmenprogramm wurde von Herrn Onu mit gestaltet.

- Am Montag, dem 02.03.2009 ist der Spatenstich für den Neubau einer Kombinationseinrichtung für Kinder, Jugendliche und Familien erfolgt.
- Anlässlich des Weltfrauentages wurden in Münster fünf Veranstaltungen durchgeführt.
- Seit dem 01.03.2009 finden im Schlosstheater die Russischen Filmtage Münster statt. Die Veranstaltungsreihe läuft noch bis zum 15.03.2009.
- Der Schriftsteller Karl Wolff hat ein neues Buch veröffentlicht mit dem Titel „Von Tiflis nach Tibilisi: Reise zum Ursprung einer Sehn-Sucht“.
- Die diesjährige Veranstaltung zum „Alternativen Karneval“ war gut besucht.
- Anlässlich einer Ausstellung zur Nakba wurde eine Begleitbroschüre herausgebracht; sie kann für drei Euro erworben werden.
- Die Resolution der Fraktion der Grünen an den Rat „Hier geboren- hier zuhause: Münster für ein Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen“ vom 03.02.2009 wurde einstimmig beschlossen.
- Die Dokumentation zum ersten Interkulturellen Symposium in Münster geht in Kürze in Druck. Das zweite Symposium wird derzeit unter starker Mitwirkung der Studentenschaft vorbereitet. Der Ausländerbeirat unterstützt die Vorbereitungen.

Herr Köhnke berichtete im Anschluss daran über folgende Punkte:

- Nach rechtlicher Prüfung durch zwei Juristen ist die Finanzierung von Medien für die Bücherei der Justizvollzugsanstalt in Münster durch Mittel des Ausländerbeirates nicht zu beanstanden.
- Im Rahmen der Entwicklung des Migrationsleitbildes erfolgte am 23.04.2008 die Anregung des Ausländerbeirates, zur Verbesserung der Migrationsberatung zwei Fortbildungsworkshops für Lehrerinnen und Lehrer in weiterführenden Schulen zum Thema Integration in der Schule und im Schulunterricht durchzuführen. Nach Auskunft des Schulamtes, Herr Moerchen, konnte diese Anregung bislang nicht berücksichtigt werden. Da entsprechende Fortbildungen in den Zuständigkeitsbereich des Kompetenzteams fallen wird die Angelegenheit dort in Kürze beraten und das Ergebnis mitgeteilt.
- Der Vorsitzende des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Münster teilt auf eine entsprechende Anfrage mit, zukünftig selbstverständlich auch Personen mit Migrationsvorgeschichte bei der Besetzung des Ausschusses zu berücksichtigen. Konkrete Vorschläge hinsichtlich geeigneter Personen sollen Ende 2013 benannt werden.
- Am 05.03.2009 hat im Bennohaus ein Abend der Ehrenamtlichen stattgefunden. Es waren 60 Personen anwesend, die sich angeregt ausgetauscht haben. Herr Schlumm, Leiter des Amtes für Ausländerangelegenheiten, hat einen Fachvortrag gehalten. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch den Musiker Winne Voget-Wiesen, der mit den Anwesenden Lieder zum Thema Fremdsein, Friede und Integration dargeboten hat.
- Mit Unterstützung des Netzwerks W in der Region Bonn/Rhein-Sieg und des Familienministeriums NRW hat das Bildungswerk für Friedensarbeit Bonn ein innovatives Interportal entwickelt, das für Berufsrückkehrerinnen mit Migrationshintergrund umfassende Informationen bietet. Erstmals bietet eine Internetseite kompakt alles Wichtige, was

Migrantinnen für ihren Start ins Berufsleben benötigen. Als besonderen Service finden Frauen aus der Region bei migra-info eine Vielzahl von Adressen und Ansprechpartnern in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis.

Die Internetseite ist unter www.migra-info.de zu finden.

- Am Donnerstag, den 19. März 2009 werden Interessenten im Haus für Erwachsenenbildung und Soziale Bildung des Bistums Essen zu einem theologischen Studientag für Christen und Muslime, mit Diskussionen und Informationen über die Vereinbarkeit des religiös begründeten Rechts des Islam, der Scharia, und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, eingeladen. Ab 9 Uhr werden Prof. Dr. Ansgar Hense (Jurist) und Prof. Dr. Bülent Ucar (Jurist und Islamwissenschaftler) über Konflikte zwischen religiösem und staatlichem Recht referieren.

Weitere Informationen unter:

<http://www.kirchevorort.de/beftp/bildung/wolfsburg/veranstaltungen/webbasys/kursdetails.php?urlparameter=knr:A09029>
<<http://www.kirchevorort.de/beftp/bildung/wolfsburg/veranstaltungen/webbasys/kursdetails.php?urlparameter=knr:A09029>>

- Am Mittwoch, 25.03.2009 findet im Internationalen Begegnungszentrum des Caritasverbandes Wuppertal in Kooperation mit dem Kulturbüro der Stadt Wuppertal die Fachtagung „Interkultur konkret“ statt. Dort sollen konkrete Impulse zur Umsetzungen für interkulturelle Projekte gegeben werden. Neben Umsetzungsbeispielen von Handlungskonzepten aus anderen Kommunen in NRW werden Bundesweite Best Practice Beispiele vorgestellt. Weitere Informationen auch unter: www.caritas-wuppertal.de
- Am Samstag, 13. Juni 2009 lädt die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. zum 30. Bundestreffen der Deutschen aus Russland in die Messe Niederrhein in Rheinberg ein. Schirmherr des Bundestreffens ist Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Jürgen Rüttgers. Weitere Informationen unter: www.deutscheausrussland.de/kontakt.htm
- Am 18. -19.06.2009 findet in Göttingen ein Tagungsprogramm mit dem Titel „Anders und doch so gleich-Migrantinnen in der Wohnungslosenhilfe“ statt.
- Pressemitteilung des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 05. Februar 2009

Integrationsbeauftragter fordert Ächtung, Wachsamkeit und Hilfe gegen weibliche Beschneidung

Düsseldorf. Anlässlich des Internationalen Tages gegen Mädchenbeschneidung am 6. Februar fordert der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen Ächtung aller Formen der weiblichen Beschneidung, Wachsamkeit der Gesellschaft und Hilfe für die Betroffenen von weiblicher genitaler Beschneidung. Zu diesem Zwecke stellt der Integrationsbeauftragte Thomas Kufen eine 27-seitige Broschüre insbesondere zur Sensibilisierung zum Thema "Genitale Beschneidung bei Mädchen und Frauen" vor. "Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sind weltweit über 130 Millionen Mädchen und Frauen von Genitalverstümmelung betroffen. Täglich kommen 6.000 junge Mädchen hinzu. Schätzungen gehen davon aus, dass in EU-Staaten hunderttausende Frauen aus Ländern leben, in denen die Praxis der Genitalverstümmelung verbreitet ist.

Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen gehen in Nordrhein-Westfalen von rund 5.000 bedrohten oder betroffenen Mädchen und Frauen aus.

Deshalb brauchen wir eine stärkere Ächtung und Sensibilisierung für diese Thematik", so der Integrationsbeauftragte Thomas Kufen. Die Informationsschrift will vor allem diejenigen unterstützen und ihnen Grundinformationen an die Hand geben, die in ihrer ehrenamtlichen oder beruflichen Arbeit mit beschnittenen Frauen oder mit Mädchen, denen eine genitale Verstümmelung droht, konfrontiert sind.

"Wichtig ist, dass wir nicht die betroffenen Mädchen und Frauen stigmatisieren, sondern dass wir die Beschneidungspraxis verurteilen und gleichzeitig die betroffenen Frauen unterstützen. Für eine nachhaltige Verhinderung von Genitalverstümmelung sind wir auf Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angewiesen, die einen guten Zugang zu den jeweiligen Gruppen haben und dort aufklärend arbeiten können", so Thomas Kufen weiter.

Zu bestellen ist die Broschüre kostenlos über die Internet-Seite: <http://www.integrationsbeauftragter.nrw.de/aktuelles>

Herr Köhnke sagte zu, den Mitgliedern des Ausländerbeirates ein Exemplar dieser Broschüre zukommen zu lassen.

- Pressemitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zum bundesweiten Startschuss für berufsbezogene Sprachkurse vom 16. Februar 2009

Die Bundesregierung stellt in ihrem nationalen Integrationsplan die Bedeutung der Sprachförderung heraus. Die Ermöglichung der Sprachförderung von der Kindertageseinrichtung bis in die Berufsbildung ist eines der vielen Maßnahmen die im nationalen Integrationsplan angesprochen werden. In einer Pressemitteilung vom 16. Februar 2009 stellt das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die bundesweit ersten Kurse in einem neuen Programm zur berufsbezogenen Sprachförderung vor:

Mit dem Konzept des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben Kurse in Hessen (Bad Hersfeld) und in Baden-Württemberg (Böblingen) begonnen. Insgesamt sind derzeit rund 90 Projektträger zugelassen, die die Kurse künftig anbieten.

Finanziert werden die Sprachkurse aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Für das ESF-BAMF-Programm stehen insgesamt 330 Millionen Euro bis 2013 zur Verfügung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragte das Bundesamt in dieser Förderperiode mit der Durchführung.

"Sprachkenntnisse öffnen Türen zum Arbeitsmarkt", betonte der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Albert Schmid. Die ESF-Sprachkurse, die an die laufenden Integrationskurse Integrationskurse des Bundesamtes anknüpfen, bestehen aus einem berufsbezogenen Sprachunterricht und einer Qualifizierung in drei Teilen: theoretischer Unterricht, Praktikum und Betriebsbesichtigungen. Dabei reicht die Bandbreite von Bewerbungstraining bis hin zu EDV-Kursen.

An dem berufsbezogenen Sprachkurs in Bad Hersfeld werden 18 Teilnehmer speziell für den Arbeitsbereich Lager und Logistik qualifiziert. Kursträger ist der Fachdienst für Migration des Landkreises Hersfeld-Rotenburg. Auch Betriebspraktika in der Region sind vorgesehen. In Böblingen werden 18 Teilnehmer vor allem für den technisch-gewerblichen Bereich geschult. Träger ist die Deutsche Angestellten-Akademie (DAA). Die beiden Kurse sind jeweils passgenau auf die Erfordernisse des örtlichen Arbeitsmarktes abgestimmt. Die Teilnehmer werden im Zusammenwirken der Bundesagenturen

für Arbeit, Optionskommunen, den Arbeitsgemeinschaften aus kommunalen Trägern und Bundesagentur für Arbeit (ARGEn) sowie den jeweiligen Bildungsträgern ermittelt.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bamf.de

- Pressemitteilung der nordrhein-westfälischen CDU vom 18. Februar 2009
Netzwerk für Spätaussiedler der CDU Nordrhein-Westfalen

Die CDU Nordrhein-Westfalen möchte sich intensiver mit den Belangen der Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion auseinandersetzen und sie vor allem in politische Prozesse einbeziehen. "Wir stellen leider fest, dass sich viele gerade jüngere Russlanddeutsche von der Gesellschaft abwenden. Das ist eine Entwicklung, die mir Sorge macht, weil immer öfter rechte Rattenfänger versuchen, Russlanddeutsche zu instrumentalisieren und zu manipulieren. Klar ist, dass die CDU Nordrhein-Westfalen den Anspruch hat, auch in Zukunft Anwalt der Russlanddeutschen zu sein", sagt der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen Hendrik Wüst.

Deswegen gründet die CDU Nordrhein-Westfalen derzeit ein landesweites politisches Netzwerk für Spätaussiedler. Ziel ist es, Spätaussiedler in der CDU Nordrhein-Westfalen stärker zu beteiligen und aktiv in die Politik einbeziehen.

Nähere Informationen zum Aufbau des Netzwerks sowie zu Ihrem möglichen Engagement im Projekt erteilt Ihnen gerne Eleonora Heinze unter 0211-1360080 oder an eleonora.heinze@cdu-nrw.de <<mailto:eleonora.heinze@cdu-nrw.de>> .

- Pressemitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Aufforderung zur Einreichung von Anträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für das Förderjahr 2009

Am 25. Juni 2007 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Entscheidung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen (EIF) für den Zeitraum 2007 - 2013 erlassen. Der Finanzrahmen der Europäischen Integrationsfonds wurde für die Bundesrepublik Deutschland für das Förderjahr 2009 auf 12.388.883,13 Euro festgesetzt. Davon entfallen 7 v.H. zuzüglich 30.000 Euro auf die administrative und technische Unterstützung. Der Restbetrag von 11.491.661,31 Euro wird abzüglich bereits gebundener Mittel in Höhe von 7.661.107,54 Euro zur Vergabe von Zuwendungen ausgeschrieben. Der vorliegend ausgeschriebene Betrag beläuft sich daher auf 3.830.533,77 Euro. Die Verantwortung für die nationale Umsetzung des Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen tragen die Mitgliedstaaten. Das Bundesministerium des Innern hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als zuständige Behörde zur Verwaltung des Europäischen Integrationsfonds benannt.

Es können nur Maßnahmen gefördert werden, die nicht mit Gewinnstreben verbunden sind. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat auf seiner Internetseite die Aufforderung zum Einreichen von Anträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen (EIF) für das Förderjahr 2009 veröffentlicht.

Danach fällt das für neue Projekte zur Verfügung stehende Fördervolumen aufgrund erheblicher Verbindungen durch bewilligte mehrjährige Förderprojekte der vergangenen

Förderphasen mit 3,830 Mio. Euro deutlich geringer aus als die Volumina der Förderjahre 2007 und 2008.

Die BAMF weist zudem darauf hin, dass aus den nunmehr ausgeschriebenen Mitteln Mehrjahresprojekte nicht gefördert werden können.

Die Frist für das Einreichen der Projektanträge endet am 25. März 2009. Projektanträge sind direkt an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu richten.

Weitere Informationen unter:

<http://www.bamf.de> <<http://www.bamf.de/>> oder unter Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Europäischer Integrationsfonds, Erkrather Strasse 349, D-40231 Düsseldorf

Herr Köhnke stellte in diesem Zusammenhang das Projekt „Chancen der Vielfalt nutzen lernen“ des Ministeriums für Schule und Weiterbildung sowie des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Die Zielsetzung dieses Projektes besteht darin, interkulturelle und Förderkompetenzen in der Lehrerbildung zu stärken. Die Stadt Münster wird sich an diesem Projekt beteiligen. Lehramtsstudenten sollen voraussichtlich ab dem kommenden Jahr Kinder und Jugendliche mit Migrationsvorgeschichte unterstützen und diese in kleinen Lerngruppen von vier bis sechs Kindern sprachlich fördern sowie über Integrationsangebote informieren. Die Gesamtdauer des Projektes beträgt drei Jahre, zur Finanzierung stehen europäische Mittel bereit. Die Antragstellung wird am 13.03.2009 erfolgen.

Die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates wird die Broschüre „Integration gemeinsam schaffen - Kinder und Jugendliche in Deutschland“ des Vereins Christlich-Muslimische Friedensinitiative den Mitgliedern des Ausländerbeirates übersenden sobald sie der Geschäftsstelle vorliegt.

Herr Marinos berichtete über die in den Räumen der Bezirksregierung stattfindenden Fotoausstellung „Afghanistan- Das Land und seine Menschen“. Die Bilder seien sehr ansprechend gewesen; gleichzeitig es habe jedoch unschöne Proteste gegeben.

Herr Onu wies daraufhin, dass die Auftaktveranstaltung zum Projekt North- South media Bridge zwischenzeitlich stattgefunden habe. Das gesamte Projekt laufe über den Zeitraum eines Jahres. Im April werde ein Medien-Camp veranstaltet.

Herr Marinos kündigte die Uraufführung eines Dokumentationsfilms des Regisseurs Hassan Irandost über die Entstehung der kurdischen Föderation im Irak an. Begleitet werde die Veranstaltung u.a. durch ein Konzert des Künstlers Sivan Perwer.

Punkt 3 der Tagesordnung

Anhörungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0137/2009

Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes in der Stadt Münster

Herr Möller berichtete zur Vorlage und stellte das Konjunkturprogramm vor. Er erklärte, dass eine Ergänzungsvorlage für Anfang der nächsten Woche geplant sei; derzeit seien die Detaillier-

ten in Bearbeitung.

Herr Köhnke wies auf den Beratungsverlauf sowie die Punkte 4.3-4.5 hin.

Herr Möller erläuterte, dass es den Mitgliedern des Ausländerbeirates freigestellt sei, ob über die Vorlage in ihrer ursprünglichen Form oder in der geänderten Fassung abgestimmt werde.

Auf Nachfrage von Herrn Köhnke ergänzte Herr Möller, dass die Punkte 4.3 und 4.4 in der jetzigen Form sicher in der Vorlage Aufnahme finden würden; über die Punkte 3.3 sowie 4.5 müsse noch abgestimmt werden.

Herr Dr. Tsakalidis bat die Verwaltung um Klarstellung, in welchen Fällen dem Ausländerbeirat ein Beschlussrecht und wann lediglich ein Anhörungsrecht zustehe. Weiterhin führte er aus, dass die Interessen von Personen mit Migrationsvorgeschichte seines Erachtens zu wenig berücksichtigt würden.

Um 19.25 Uhr übernahm Frau Becker-Merino den Vorsitz.

Um 19.29 Uhr übernahm Herr Marinos erneut den Vorsitz.

Nach einer weiteren Diskussion über die Verwendungsmöglichkeiten der zur Verfügung stehenden Mittel einigten sich die Mitglieder des Ausländerbeirates darauf, dem Rat die Ergänzung der Vorlage unter Punkt 4.6 wie folgt zu empfehlen: „Die Belange für Menschen mit Migrationsvorgeschichte und deren Institutionen werden berücksichtigt“.

Der Ausländerbeirat beschloss im Anschluss daran einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass auf die Stadt Münster Fördermittel aus dem zweiten Konjunkturpaket des Bundes in Höhe von voraussichtlich 31,2 Mio. Euro entfallen. Es stehen nach den Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen damit potenziell für die Jahre 2009 und 2010 Fördermittel
 - im Bereich Bildung von 25,4 Mio. Euro und
 - im Bereich Infrastruktur von 5,8 Mio. Euro
 zur Verfügung. Zusammen mit dem lokalen Konjunkturstützungsprogramm kann in den Jahren 2009 und 2010 eine über den Haushaltsplanentwurf 2009 und den Ansatz für 2010 hinausgehende Wirkung von rund 44 Mio. Euro erzeugt werden. Das entspricht dem 1,4fachen des durchschnittlichen Haushaltsvolumens für Investitionen.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass
 - 2.1 sich die Fördermittel des Bundes in der vom Land Nordrhein-Westfalen weitergegebenen Form auf die folgenden Teilbereiche beschränken:
 - im Bereich Bildung auf die Teilbereiche
 - Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur,
 - Schulinfrastruktur und
 - kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung
 - und im Bereich Infrastruktur auf die Teilbereiche
 - Städtebau (ohne Abwässer und ÖPNV),
 - ländliche Infrastruktur (ohne Abwässer und ÖPNV),
 - kommunale Straßen (beschränkt auf Lärmschutz),
 - Informationstechnologie und
 - sonstige Infrastrukturinvestitionen.

- 2.2 für die unter Beschlusspunkt 2.1 genannten Begrifflichkeiten zurzeit noch keine endgültigen Präzisierungen vorliegen und insofern noch nicht verlässlich feststeht, ob alle unter Beschlusspunkt 3 und in Anlage 1 genannten Maßnahmen bzw. Bereiche abschließend förderfähig sind.
 - 2.3 die unter Beschlusspunkt 3 und in Anlage 1 genannten Maßnahmen bzw. Bereiche auch deshalb von der Verwaltung vorgeschlagen werden, um die Vorgabe des Bundes, die Hälfte der Fördermittel bereits im Jahr 2009 abzurufen, erfüllen zu können und so möglichst schnell eine Konjunktur stimulierende Wirkung zu entfalten.
 - 2.4 alle Maßnahmen aus dem 1.000-Schulen-Programm kurzfristig umgesetzt werden, d.h., dass der vorzeitige Maßnahmebeginn in Anspruch genommen wird und Maßnahmen vorfinanziert werden. Für alle Maßnahmen, die nicht gefördert werden und für die zurzeit kein vorzeitiger Maßnahmebeginn bewilligt wird, wird auf eine evtl. mögliche Nachbewilligung von Fördermitteln verzichtet.
 - 2.5 die Verwaltung in enger Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag und dem Städtetag Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden Tagen und Wochen versucht hat und weiter versuchen wird, einen möglichst hohen Grad an Verbindlichkeit und Förderfähigkeit der einzelnen Maßnahmen bzw. Bereiche zu erreichen.
 - 2.6 die Verwaltung den von Bund und Land NRW vorgenommenen Vereinfachungen im Vergaberecht zur schnelleren Umsetzung der Konjunkturmaßnahmen im Rahmen einer gesonderten Vorlage Rechnung trägt.
 - 2.7 die in der Anlage 2 dargestellten Anschreiben, Anregungen und Anträge mit Bezug zum Bundeskonjunkturpaket bei der Verwaltung eingegangen sind.
3. Der Rat beschließt
 - 3.1 im Bereich Bildung unter Einschluss energetischer, energieorientierter und energierelevanter Aspekte von den Bundesfördermitteln
 - für Einrichtungen der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur ein Budget von 4,0 Mio. Euro und
 - für schulische und sonstige Bildungsinfrastruktur ein Budget von 21,4 Mio. Euro vorzusehen. Sowohl die freien Träger im Kinder- und Jugendbereich als auch die nicht-städtischen Schulträger (Ersatzschulen ohne LWL-Schulen) partizipieren anteilig an den Fördermitteln.
 - 3.2 im Bereich Infrastruktur von den Bundesfördermitteln
 - für Altbausanierung und Städtebau ein Budget von 0,8 Mio. Euro und
 - für sonstige Infrastrukturinvestitionen ein Budget von 5,0 Mio. Euro, verteilt auf
 - Feuerwehrinfrastruktur mit 0,4 Mio. Euro,
 - Kulturinfrastruktur mit 1,75 Mio. Euro,
 - Sportinfrastruktur mit 2,45 Mio. Euro,
 - Spielplätze mit 0,4 Mio. Euro,
 vorzusehen.
 - 3.3 die in Anlage 1 dargestellten Einzelmaßnahmen und die Bildung von Teilbudgets für die frühkindliche und schulische Bildung im formellen Sinne jeweils als Baubeschluss, soweit im Einzelfall keine Zuständigkeit der Bezirksvertretungen gegeben ist. **Ferner beschließt der Rat als weitere Einzelmaßnahme den Einbau einer barrierefreien WC-Anlage in der Mehrzweckhalle/Turnhalle Gelmer.** Die Verwaltung wird die Einzelmaßnahmen möglichst zeitnah umsetzen, um eine schnelle Konjunktur stimulierende Wirkung zu erzeugen und sich um eine möglichst zeitnahe, verbindliche Aussage zur Förderfähigkeit der einzelnen Maßnahmen bemühen. Sollten sich Einzelmaßnahmen als nicht förderfähig erweisen, wird die Verwaltung den parlamentarischen Gremien zeitnah Alternativvorschläge unterbreiten. Die Teilbudgets sollen für eine möglichst große Breitenwirkung der Bundesfördermittel kriteriengeleitet zur Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen genutzt werden.
 - 3.4 unabhängig von den Bundesfördermitteln ein Budget von 800.000 Euro (durch Vorziehen von Bauunterhaltungsmitteln), mit dem kleinere Maßnahmen von den einzelnen

Schulen, bei baulichen Maßnahmen mit Unterstützung der Verwaltung, durchgeführt werden können, die möglicherweise nicht förderfähig wären.

4. Der Rat

- 4.1 nimmt zur Kenntnis, dass die Fördermittel des Bundes vor allem für eine Vielzahl von kleineren, konjunkturell schnell wirkenden Maßnahmen genutzt werden sollen, um eine möglichst große Breitenwirkung zu erzeugen. Größere strukturelle Investitionsmaßnahmen sind wegen des längeren zeitlichen Planungs- und Entscheidungsvorlaufs sowie der bevorstehenden Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung nicht benannt worden.
 - 4.2 beauftragt die Verwaltung, die größeren strukturellen Investitionsmaßnahmen aufzubereiten, hierbei den längeren zeitlichen Planungs- und Entscheidungsvorlauf sowie die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen und prioritätengesteuert eine sach- und zeitgerechte Umsetzung zu erreichen. Dazu wird bereits jetzt ein Investitionsvolumen von 8 Mio. € je hälftig in den Jahren 2011 und 2012 vorgesehen und in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ausgewiesen. Die abschließende Höhe und zeitliche Abfolge dieser Investitionen wird entsprechend den dann aktuellen Erkenntnissen präzisiert werden.
 - 4.3 beauftragt die Verwaltung, bei allen Maßnahmen im Rahmen der jeweils bestehenden Möglichkeiten auf eine umfassende barrierefreie Gestaltung hinzuwirken. Dabei ist u.a. bei der Sanierung von WC-Anlagen sicherzustellen, dass auch barrierefreie WC-Anlagen geschaffen werden. Zu berücksichtigen sind auch die Belange von schwerhörigen Menschen, insbesondere im Bereich der Kultur-, Sport- und Stadtteilinfrastruktur.**
 - 4.4 beauftragt die Verwaltung, die Einzelmaßnahmen hinsichtlich der Barrierefreiheit mit der Arbeitsgruppe Stadtplanung und Verkehr der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen (KIB) abzustimmen.**
 - 4.5 beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, ob aus Fördermitteln des Konjunkturpaketes der barrierefreie Ausbau von Haltestellen gefördert werden kann. Falls dies der Fall ist, sollte 2009 zusätzlich zu den bereits im Programm „Verbesserung an Haltestellen 2009“ vorgesehenen Haltestellen vorrangig der barrierefreie Ausbau der Haltestellen Martin-Luther-King-Weg (stadtauswärts) und Heumannsweg (stadteinwärts) erfolgen.**
 - 4.6 Die Belange für Menschen mit Migrationsvorgeschichte und deren Institutionen werden berücksichtigt.**
5. Die Verwaltung wird über die Umsetzung und Nutzung der Bundesfördermittel sach- und bedarfsgerecht in den zuständigen Gremien berichten.

II. Kosten/Folgekosten

II. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

- II.1 für die kurzfristige Umsetzung des Maßnahmenpakets unabdingbar zusätzliche Personal- und Sachressourcen benötigt werden. Vorrangig werden die Architektur- und Ingenieurleistungen vergeben. Zur Wahrnehmung der Bauherrenfunktion und Projektleitung ist jedoch die befristete Aufstockung des städtischen Personals in unabdingbar notwendigem Umfang erforderlich. Die entstehenden Aufwendungen werden zunächst aus dem verfügbaren Budget finanziert. Soweit im Einzelfall nachgehend zusätzliche Mittel erforderlich sind, werden diese über den Nachtragshaushalt bereitgestellt.
- II.2 wegen der noch bestehenden definitorischen Unklarheiten bei der nachgehenden Mittelprüfung durch die zuständigen Behörden punktuell kritische Anmerkungen erfolgen könnten, die im Einzelfall zur Rückforderung von Teilen der Fördermittel führen könnten. Für diesen Fall könnten unter NKF-Gesichtspunkten aus haushalterischen Gründen zu gegebener Zeit Rückstellungen in der städtischen Bilanz gebildet werden.
- II.3 mit dem Abruf der Bundesfördermittel auch eine faktische Eigenbeteiligung in Höhe von 12,5 Prozent verbunden ist, die allerdings in Nordrhein-Westfalen erst ab dem Jahr 2012 über eine Kürzung der Schul-/Bildungspauschale eingefordert wird.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

- III.1 Der Rat beschließt für die in dieser Vorlage benannten Finanzmittel überplanmäßige bzw. außer-planmäßige Mittelbereitstellungen unabhängig vom Satzungsbeschluss über den Haushalt 2009. Als Deckung dieser Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigungen dienen jeweils die Fördermittel des Bundes. Auf die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes – bezogen auf diese Mittelbereitstellungen – kann nach den bisherigen Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen verzichtet werden.
- III.2 Für die unter Beschlusspunkt 3.4 genannten kleineren Maßnahmen an Schulen wird ein im Jahr 2010 im Teilergebnisplan 0112 „Gebäudemanagement“, Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ geplanter Haushaltsansatz für die Bauunterhaltung in Höhe von 800.000 € auf das Jahr 2009 vorgezogen und im Teilergebnisplan 0301 „Schulen“, Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Herr Marinos wies auf die Vorträge des Lamas Ringu Tulku Rinpoche am 12./13.03.2009 in der Bezirksregierung Münster sowie im Festsaal des Rathauses hin.

Des Weiteren dankte er Herrn Schlumm, der bei der Erteilung von Visa für eine iranische Frauengruppe anlässlich eines Konzertes, das der Ausländerbeirat mit veranstaltet habe, behilflich gewesen sei.

Herr Saber richtete ebenfalls einen Dank an Herrn Schlumm, der sich besonders in Fällen der Familienzusammenführung sehr kooperativ zeige; die Arbeit der jordanischen Botschaft sei diesbezüglich nicht zufriedenstellend.

Punkt 3.2 der Tagesordnung V/0034/2009	Stiftung Siverdes; Fortführung des Projektes "Privjet"
---	---

Herr Marinos gab bekannt, dass die Vorlage aufgrund der zeitgleich stattfindenden Sitzung der Stiftungskommission nicht persönlich vertreten werden könne. Ein Bericht sei in Anbetracht der inhaltlichen Eindeutigkeit der Vorlage jedoch ohnehin entbehrlich.

Die Mitglieder des Ausländerbeirates stimmten sodann über die Vorlage ab. Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die städtisch verwaltete Stiftung Siverdes fördert die als Projekt „Privjet“ installierten Hilfen und Maßnahmen des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien an der Hauptschule Hiltrup und der Johannes–Gutenberg-Realschule in Münster–Hiltrup vom 01.07.2009 bis zum 31.12.2010.

II. Kosten/Folgekosten

Die Gesamtvolumen der Förderförderung beträgt 30.000 €.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

	Wirtschaftsjahr 2009	Wirtschaftsjahr 2010
--	-----------------------------	-----------------------------

Stiftung Siverdes	10.000 €	20.000 €
Gesamtkosten	30.000 €	

Punkt 4 der Tagesordnung**Berichte****Punkt 4.1 der Tagesordnung****"Mamba - Münsters Aktionsprogramm für Migranten & Bleibeberechtigte zur Arbeitsmarktintegration" - Aktueller Stand**

Frau Dr. Löw stellte sich den Mitgliedern des Ausländerbeirates vor und berichtete über das Aktionsprogramm Mamba.

Im Rahmen ihres Vortrages wies sie auf die in Kooperation mit dem Ausländerbeirat geplante Podiumsdiskussion zur Bleiberechtsregelung am 01.04.2009 im Stadthaus 2 hin.

Im Anschluss an den Bericht von Frau Dr. Löw erkundigte sich Frau Becker-Merino, wie viele Mitarbeiter mit Migrationsvorgeschichte bei dem Projekt Mamba eingebunden seien.

Frau Dr. Löw teilte mit, dass derzeit zwei von zwölf Personen mit Migrationsvorgeschichte beschäftigt seien. Die GGUA habe eine Stelle ausgeschrieben, jedoch keine Bewerbung von Personen mit Migrationshintergrund erhalten. Dem widersprach Herr Yesilyaprak und wies darauf hin, dass er aus sicherer Quelle erfahren habe, dass sich jedenfalls eine Person mit Migrationsvorgeschichte beworben habe. Diese sei jedoch nicht einmal zum Vorstellungsgespräch geladen worden.

Auf die Nachfrage von Herrn Eroglu wies Frau Dr. Löw daraufhin, dass bislang zwölf Personen durch das Projekt Mamba eine Erwerbstätigkeit vermittelt werden konnte.

Im Anschluss daran wurde durch mehrere Mitglieder des Ausländerbeirates (Herr Dr. Tsakalidis, Herr Yesilyaprak, Herr Onu) Kritik an der Personalpolitik der GGUA zum Ausdruck gebracht.

Darauf hin ergab sich eine angeregte Diskussion über die Effizienz derartiger Projekte sowie die Vergabekriterien bei Stellenausschreibungen der GGUA. Es wurde angeregt, Menschen mit Migrationsvorgeschichte bei der Vergabe von Stellen zukünftig stärker zu berücksichtigen und ihnen zumindest die Möglichkeit einer persönlichen Vorstellung einzuräumen.

Herr Marinos dankte Frau Dr. Löw abschließend für ihren Bericht und erbat eine positive Entwicklung für die Zukunft.

Punkt 4.2 der Tagesordnung**Migranten in der Wohnungslosenhilfe**

Herr Berkemeier berichtete über die Wohnungslosenhilfe.

Seinem Bericht zufolge sind derzeit in Münster ca. 185 Familien als obdachlos gemeldet, d.h. diese Personen verfügen entweder über keinen eigenständigen oder lediglich über einen unzumutbaren Wohnraum. Die Zahl ist aufgrund von Zu- bzw. Abgängen schwankend. Als Präventivmaßnahmen kommen neben Gesprächen mit den Gläubigern zur Wohnraumbelastung auch alternative Wohnraumvermittlungen in Betracht. Im Jahr 2008 hat es in Münster 234 Räumungsklagen gegeben; die Zahl ist damit im Vergleich zum Vorjahr erheblich, nämlich um 25 %

gestiegen. Letztendlich wurden 59 Räumungstermine anberaumt. Der Anteil der Personen mit Migrationsvorgeschichte beträgt dabei 25 %.

Herr Mülbrecht stellte sich den Anwesenden als Leiter des Hauses der Wohnungslosenhilfe vor und berichtete sodann über die Einrichtung. Das Haus der Wohnungslosenhilfe verfügt über 80 Plätze und bietet neben einem offenen Bereich auch einen mobilen medizinischen Dienst, der von zwei Ärzten und einer Krankenschwester besetzt wird. Das in der Nähe befindliche HUK-Gebäude ist für die vorübergehende Unterbringung von alleinstehenden Männern vorgesehen. Das Haus der Wohnungslosenhilfe ist eine Ganztageseinrichtung, derzeit leben dort Personen im Alter von 18-90 Jahren aus 32 Nationen. Im Jahre 2008 waren im Haus der Wohnungslosenhilfe insgesamt 352 Personen untergebracht, davon 30 % mit Migrationsvorgeschichte. Das HUK-Gebäude bot 452 Personen eine vorübergehende Notunterkunft; 45 % dieser Personen hatten eine Migrationsvorgeschichte. Zu Beginn der Aufnahme einer Person erfolgt zunächst eine Klärung der Ausgangssituation. Bei Personen ausländischer Staatsangehörigkeit umfasst dieses Gespräch auch die Klärung des Aufenthaltsrechts sowie die anschließende Hilfe bei der gegebenenfalls erforderlichen Dokumentenbeschaffung, die sich häufig aufwendig gestaltet. Zudem wird die medizinische Betreuung gewährleistet, da bei den betroffenen Personen häufig eine Suchtproblematik besteht.

Herr Marinos dankte Herrn Berkemeier und Herrn Mülbrecht für ihre Arbeit.

Frau Wojcik dankte Herrn Mülbrecht für die unbürokratische Unterstützung der polnischen Staatsangehörigen.

Zudem sprach Herr Onu dem Haus der Wohnungslosenhilfe sein Lob aus, welches Herr Mülbrecht auch an die GGUA weitergab und darauf hinwies, dass ihnen auch durch Rechtsanwälte umfassende Hilfe zuteil werde.

Auf Nachfrage von Herrn Onu welche Präventivmaßnahmen im Haus bestehen, teilte Herr Mülbrecht mit, dass die individuelle Auswahl der Zimmernachbarn gewährleistet werde. Zudem erfolge im Falle eines Regelverstößes ein schriftlicher Hinweis auf das Fehlverhalten. Der Polizeieinsatz sei im Haus gering.

Herr Mülbrecht wies abschließend noch auf die Gründung des Internationalen Clubs des Hauses der Wohnungslosenhilfe hin, der sich einmal monatlich trifft.

Punkt 4.3 der Tagesordnung V/0141/2009

Bericht über die Unterbringung von Flüchtlingen und Spätaussiedlern

Der Bericht wurde von den Mitgliedern des Ausländerbeirates zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Entscheidungen

Herr Yesilyaprak dankte sowohl dem Unternehmen Langenscheid anlässlich eines Büchergeschenks sowie Herrn Arsenis für seine Spende zugunsten der Justizvollzugsanstalt Münster.

Punkt 6 der Tagesordnung

Berichte aus den Ausschüssen

Es erfolgten keine Berichte.

Punkt 7 der Tagesordnung

Anfragen, Anregungen und Anträge der Mitglieder des Ausländerbeirates

Unter den Mitgliedern des Ausländerbeirates ergab sich eine angeregte und umfassende Diskussion hinsichtlich der zeitverzögerten Vorlage der Protokolle des Ausländerbeirates und dem diesbezüglichen Vorgehen von Herrn Yesilyaprak. Im Verlauf dieser Diskussion wurden auch zwei E-Mails von Herrn Yesilyaprak, mit dessen Einverständnis, durch Herrn Köhnke verlesen, wonach Herr Yesilyaprak diese Schreiben auch an einen Politiker und an das Amt des Rates und des Oberbürgermeisters geschickt hat, ohne vorherige Absprache mit dem Vorsitzenden oder den Beiratsmitgliedern. Diese Vorgehensweise wurde kritisiert, zumal dieses Thema in keiner der vergangenen Sitzungen des Ausländerbeirates angesprochen wurde. Es erfolgte eine ausführliche Erörterung über die Form der erfolgten Kritikäußerung. Unter den Mitgliedern des Ausländerbeirates, die sich an dieser Diskussion beteiligten, bestand Einigkeit, dass eine interne Klärung der bestehenden Unstimmigkeiten wünschenswert gewesen wäre.

Punkt 8 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Herr Marinos beendete die Sitzung.

Ende der Sitzung: 22:27 Uhr

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Sandra Rischer
Schriftführung